

Niederschrift

über die 3. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 13.11.2014
(10. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Beratung des Haushaltes 2015 - Entwurf / 1. Lesung	4
2 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Meerbusch 2015 - 2020 Vorlage: FB1/0069/2014	5
3 VI. Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Meerbusch Vorlage: ZD/0098/2014	6
4 Zahlen, Daten, Fakten aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung - mündlicher Bericht -	6
5 Anträge	7
6 Anfragen	7
7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	8
8 Termin der nächsten Sitzung	8
9 Verschiedenes	8

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Raum 047

Beginn der Sitzung: 17:20 Uhr
Ende der Sitzung: 19:33 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Werner Damblon	Ratsmitglied	
Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied	bis 18.15 Uhr, TOP 4
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied	ab 18.15 Uhr, Top 4; Vertretung für Herrn Denecke
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied	
Herr Leo Jürgens	Ratsmitglied	
Frau Renate Kox	Ratsmitglied	
Herr Franz-Josef Radmacher	Ratsmitglied	bis 19.00 Uhr, TOP 6
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied	
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied	

von der SPD-Fraktion

Herr Jürgen Eimer	Ratsmitglied	
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied	bis 18.55, TOP 6
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied	

von der FDP-Fraktion

Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied	
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied	

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied	
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied	

von der UWG-Fraktion

Herr Christian Staudinger-Napp	Ratsmitglied	
--------------------------------	--------------	--

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Janßen	Ratsmitglied	Vertretung für Herrn Eckert
------------------	--------------	-----------------------------

Beratendes Mitglied / Zentrum

Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied	
----------------------	--------------	--

von der Verwaltung

Herr Dr. Just Gérard	Technischer Beigeordneter	
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer	
Herr Heiko Bechert	Bereichsleiter Fachbereich 1	
Herr Thomas Fox	Bereichsleiter Rechnungsprüfungsamt	
Herr Michael Gorgs	Pressereferat	
Herr Claus Klein	Bereichsleiter Service Immo-	

Herr Ulrich Mombartz
Frau Gabriele Parschau
Frau Heike Reiß
Herr Jürgen Wirtz

lien
Vorsitzender Personalrat
Gleichstellungsbeauftragte
Wirtschaftsförderungsreferat
Bereichsleiter Zentrale Dienste

Schriftführer

Herr Wolfram Olbertz

Zentrale Dienste

es fehlen:

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Michael Eckert

Ratsmitglied

Vor Eintritt in die Tagesordnung weist Bürgermeisterin Mielke-Westerlage auf zwei Unterlagen hin, die dem Ausschuss vor Sitzungsbeginn verteilt wurden. Es handele sich um eine Anfrage der FDP-Fraktion zu Kennzahlen. Diese wolle sie unter TOP 6 der heutigen Sitzung beantworten. Des Weiteren handele es sich um mehrere Anträge der SPD-Fraktion zum Haushalt 2015, für die der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss zuständig sei. Diese Anträge sollten in der Beratung am 04.12.2014 behandelt werden. Hiergegen bestehen jeweils keine Einwände.

Öffentliche Sitzung

1 Beratung des Haushaltes 2015 - Entwurf / 1. Lesung

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage verweist zunächst auf die Einbringung des Haushaltes 2015 in der Ratssitzung am 23.10.2014. Die heutige I. Lesung diene dazu, erste mögliche allgemeine Fragen zu beantworten. Anschließend sei die Beratung in den jeweiligen Fachausschüssen vorgesehen. Dann erfolge in der nächsten Sitzung am 04.12.2014 die Beratung der Produkte, für die der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss als Fachausschuss zuständig sei, als I. Lesung sowie die II. Lesung mit dem Ziel, einen Empfehlungsbeschluss für den Rat am 18.12.2014 zu fassen.

Herr Fiebig erläutert anschließend größere absehbare Veränderungen im Vergleich zum Haushaltsentwurf.

Aus der Steuerschätzung des Monats November sei ableitbar, dass es zu einer geringeren Einnahme beim Einkommenssteueranteil in Höhe von ca. 1 Mio € komme.

Von den im Entwurf für 2015 ausgewiesenen Sanierungskosten für das Hallenbad von 3,650 Mio € werde vorgeschlagen, eine Reduzierung auf 1,5 Mio € vorzunehmen und den Ansatz für 2016 von 2,195 Mio € auf dann 4,345 Mio € zu erhöhen.

Im Bereich der Stadtplanung konnte sich die neue Leiterin des Fachbereichs erst kurzfristig mit den Planansätzen beschäftigen. Die Ansätze im Bereich der räumlichen Planung seien nicht ausreichend bemessen, dem Planungsausschuss werde nunmehr für seine nächste Sitzung eine Veränderungsliste vorgelegt, die auch die Beauftragung externer Dienstleister zur Unterstützung bei der Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes beinhalte.

Aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen müssten zusätzliche Unterbringungskapazitäten geschaffen werden, alternative Vorschläge würden derzeit erarbeitet, so dass die hierfür zu investierenden Mittel derzeit nicht veranschlagungsreif seien. Er schlage daher vor, in die Haushaltssatzung eine Regelung aufzunehmen, nach der er als Kämmerer mit Zustimmung des Rates außerplanmäßig Mittel für investive Auszahlungen bis zu 1,5 Mio € bereitstellen dürfe.

Für die anstehende Beratung des Brandschutzbedarfsplans sei zu beachten, dass dieser keine Veranschlagungen für Gebäudemaßnahmen Buderich und Lank beinhalte.

Für den Ausbau von weiteren U-3-Betreuungsplätzen sei für den Zeitraum 2015 – 2018 mit einem Bundeszuschuss in Höhe von 392.000 € zu rechnen. Zur Finanzierung des Ersatzbaues der Kita Knirpsmühle könnten daher Zuschüsse für 2015 in Höhe von 180.000 € eingeplant werden.

Rats Herr Peters bittet darum, die Veränderungsliste für den Planungsausschuss möglichst kurzfristig vorzulegen.

In Hinblick auf die bereits in der kommenden Woche anstehende Sitzung des Planungsausschusses erfolgt dies nach Erläuterung durch Bürgermeisterin Mielke-Westerlage bereits zu den Fraktionsitzungen zu Beginn der Woche.

Hinsichtlich der in den Fachausschüssen unterschiedlich geübten Praxis bzgl. der Fassung von Empfehlungsbeschlüssen an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss bzw. den Rat besteht Einigkeit, jeweils in den Ausschüssen einen Empfehlungsbeschluss zu fassen; die Zuständigkeit der einzelnen Ausschüsse ergibt sich aus der S. 29 ff. des Haushaltsplanentwurfes.

Die Beratung des Haushalts 2015 wird anschließend in die Fachausschüsse und Fraktionen verwiesen.

2 Brandschutzbedarfsplan der Stadt Meerbusch 2015 - 2020 **Vorlage: FB1/0069/2014**

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss beschließt die Einrichtung eines Arbeitskreises „Feuerwehr“. Zur Besetzung des Arbeitskreises werden von den Fraktionen folgende Mitglieder und Vertreter benannt:

CDU – Fraktion:	Ratsfrau Kox, Ratsherren Jung und Wartchow (Vertreter Ratsfrau Schoppe, Ratsherren Hoppe und Wehrspohn)
SPD-Fraktion:	Ratsfrau Niegeloh und Ratsherr Focken (Vertreter Ratsfrau Niederdelmann-Siemes, Ratsherr Neuhausen)
FDP-Fraktion:	Ratsherren Rettig und Gabernig (Vertreter Ratsherren Welsch und Berthold)
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen:	Ratsherren Peters und Fliege (Vertreter Ratsfrau Dr. Schomberg, Ratsfrau Neukirchen)
UWG – Fraktion:	wird nachbenannt
DIE LINKE und Piraten:	Ratsherr Jansen (Vertreter Ratsherr Eckert)
Zentrum:	Ratsherr Müller

Den Vorsitz des Arbeitskreises übernimmt die Bürgermeisterin.

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss verweist die Beratung des Brandschutzbedarfsplanes in den Arbeitskreis "Feuerwehr".

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Derks, Klören und Bolten von der Wehrleitung der Freiwilligen Feuerwehr Meerbusch und erläutert kurz die Organisation der Feuerwehr mit ihren freiwilligen und hauptamtlichen Kräften. Im anschließenden Folienvortrag gehe es darum, die wesentlichen Bestandteile des Brandschutzbedarfsplans darzustellen. In der heutigen Sitzung solle dann die unter Ziffer 1 der Beschlussvorlage genannte Besetzung eines Arbeitskreises beschlossen werden. Dieser Arbeitskreis solle sich inhaltlich mit dem Brandschutzbedarfsplan auseinandersetzen.

Im Folgenden stellt Herr Bechert anhand eines Folienvortrages den Brandschutzbedarfsplan als Rahmen für eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen dar, die bei Konkretisierung jeweils im Rahmen des Haushalts zu beschließen sind. Er stellt dabei die wichtige Rolle der freiwilligen Feuerwehrleute zur Schadenbekämpfung dar. Es sei in jüngster Zeit leider vermehrt festzustellen, dass für die Tagesbereitschaften weniger Freiwillige zur Verfügung stehen können, da sie oftmals Arbeitsplätze in zu weiter Entfernung von Meerbusch innehaben oder deren Arbeitgeber ein kurzfristiges Verlassen des Arbeitsplatzes im Einsatzfall nicht gutheißen. Dennoch sei die Besetzung der erforderlichen Trupps aufgrund des hohen Engagements der Freiwilligen derzeit sichergestellt und vorgeschriebene Einsatzfristen könnten eingehalten werden. Bei der Besetzung von hauptamtlichen Stellen für Feuerwehrleute komme es jedoch vermehrt zu Schwierigkeiten. Ein Grund hierfür sei neben der recht geringen Bewerberlage u.U. auch das hiesige Schichtmodell, dass neben 24-Stunden Dienstschichten auch Wochenschichten im Tagesdienst vorsehe. Für manche Bewerber sei dies unattraktiv. Eine Umstellung auf einen durchgehenden 24-Stunden Schichtbetrieb sei jedoch mit einer zusätzlichen Einrichtung von 8 Stellen und damit verbundenen Personalmehrkosten in Höhe von ca. 400.000 € verbunden, ohne dass im Tagesbetrieb dann mehr Einsatzkräfte zur Verfügung stehen.

Die Fraktionen benennen anschließend ihre Mitglieder für den Arbeitskreis. Im Hinblick auf die Benennung sachkundiger Bürger durch die UWG wird angeraten, diese aus Mitgliedern des Ausschusses zu benennen, da es sich beim Arbeitskreis um einen Unterausschuss des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses handele. Der Bitte von Ratsherrn Müller, ebenfalls in dem Arbeitskreis mitwirken zu können, wird zugestimmt.

3 VI. Änderung der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Meerbusch Vorlage: ZD/0098/2014

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss empfiehlt dem Rat die als Anlage beigefügte Änderung der Geschäftsordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert die Beratungsvorlage und stellt die in einer Umfrage ermittelte Praxis in anderen Städten dar.

Im Ausschuss besteht anschließend Einigkeit, dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu folgen und die Erfahrungen mit der Durchführung von Fragestunden in den Ausschüssen nach einem Zeitraum von ca. 1 Jahr noch einmal zu überprüfen.

4 Zahlen, Daten, Fakten aus dem Bereich der Wirtschaftsförderung - mündlicher Bericht -

Frau Reiß erstattet anhand eines Folienvortrags den Bericht, der der Niederschrift als Anlage beigefügt wird. Hierbei stellt sie insbesondere die Lage der vorhandenen Gewerbeflächen in den einzelnen Ortsteilen und ihre weiteren Entwicklungsmöglichkeiten dar. Anschließend beantwortet Frau Reiß Nachfragen aus dem Ausschuss.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6 Anfragen

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage beantwortet die Fragen der FDP-Fraktion wie folgt.

Frage 1:

Welche interkommunalen Vergleichssysteme für Haushaltskennzahlen sind zurzeit auf dem Markt?

Antwort:

In gemeinsamer Arbeit von Aufsichtsbehörden der Gemeinden sowie der Gemeindeprüfungsanstalt als überörtliche Prüfungseinrichtung und Vertretern der örtlichen Rechnungsprüfung wurde für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage einer Kommune ein einheitliches NKF-Kennzahlenset erarbeitet. Diese Kennzahlen sind unter Ziffer 4 im Vorbericht des Haushaltes 2015 als Zeitreihen aufgeführt.

Weiterhin werden durch die KGSt Vergleichsringe initiiert, die für einzelne Organisationseinheiten bzw. Aufgabengebiete Kennzahlen ermitteln und definieren. Bereits in 2001 hat der Fachbereich 1 mit dem Bürgerbüro an einem Vergleichsring teilgenommen.

Als privater Anbieter bietet die Firma IKVS Dienstleistungen zu interkommunalen Vergleichen an.

Frage 2:

Welche Kosten entstehen an einem solchen interkommunalen Vergleichssystem?

Antwort:

Die Nutzung des NKF-Kennzahlensets sowie auch die Teilnahme an den KGSt-Vergleichsringen sind kostenlos bzw. mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die Teilnahme an Vergleichsringen ist dabei zeitaufwändig und erfordert erhöhten Personaleinsatz.

Die Firma IKVS erhebt einen jährlichen Grundkostenbeitrag von 2.000 € zzgl. einem einwohnerabhängigen Beitrag. Je Ausbau und Tiefe der abverlangten Vergleiche bzw. Berichterstellung können genauere Kosten erst nach Kontaktaufnahme mit IKVS ermittelt werden.

Frage 3:

Wie sind die Kosten und der Nutzen einer Teilnahme an einem solchen Vergleichssystem einzuschätzen?

Antwort:

Eine Kosten-Nutzen-Analyse ist im Vorfeld solcher Maßnahmen nicht möglich, da der Nutzen vorab nicht quantifizierbar ist. Erst durch gewonnene Erkenntnisse und ggfs. durchgeführte Optimierungsmaßnahmen kann im Nachhinein eine Bilanz gezogen werden.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage weist ergänzend darauf hin, dass die Erhebung der jetzt vorliegenden Meerbuscher Kennzahlen bereits mit einem hohen personellen Aufwand verbunden gewesen sei. Dieses Zahlenwerk sollte nunmehr zunächst fortgeschrieben werden und erst zu einem späteren Zeitpunkt mit externen Kennzahlen verglichen werden.

Ratsherr Rettig befürwortet dennoch einen Vergleich mit den Kennzahlen anderer Kommunen.

Demgegenüber unterstützen die Ratsherren Damblon und Eimer sowie Ratsfrau Niederdellmann-Siemes die Haltung der Bürgermeisterin.

7 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Bericht zur Beschlusskontrolle wird zur Kenntnis genommen.

8 Termin der nächsten Sitzung

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 4. Dezember 2014 statt.

9 Verschiedenes

Ratsherr Müller fragt an, ob er im Arbeitskreis Hallenbad mitwirken könne.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage und Ratsherr Damblon weisen darauf hin, dass es sich hierbei um einen Sonderausschuss mit Entscheidungskompetenz handele, zu dem nach interner Festlegung nur Fraktionen Mitglieder entsenden könnten.

Meerbusch, den 19. November 2014

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Wolfram Olbertz
Schriftführer/in